

ADV-PRESSEMITTEILUNG Nr. 20/2025

Berlin, 26. September 2025

Abwehr von Drohnen an Flughäfen: „Es braucht entschlossenes Handeln – mit klaren Zuständigkeiten, moderner Technik und staatlicher Gesamtverantwortung“

Die aktuelle Bedrohungslage durch Drohnen ist hochdynamisch. Die Flughäfen leisten ihren Beitrag, um die Sicherheit von Reisenden und Beschäftigten zu gewährleisten. Meldeketten zwischen Flugsicherung, Flughafen und Polizeibehörden sind etabliert. Bei einem Vorfall hat die Sicherheit der Reisenden oberste Priorität. Der Flugbetrieb wird eingeschränkt oder eingestellt. Die Detektion und Abwehr von Drohnen sind hoheitliche Aufgaben und liegen in der Verantwortung von Bundes- und Landespolizei.

„Die deutschen Flughäfen begrüßen die Initiative von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt für eine Ergänzung des Luftsicherheitsgesetzes und für eine klare Regelung der Zuständigkeiten. Eine gesetzlich gesicherte, staatliche Finanzierung von Systemen zur Drohndetektion und Abwehr ist zwingend notwendig“, so ADV-Hauptgeschäftsführer Ralph Beisel.

Allein in diesem Jahr gab es bereits über 140 Drohnensichtungen im Umfeld von Flughäfen. Jede davon kann Starts und Landungen stören oder Passagiere gefährden.

„Flughäfen können und dürfen nicht beurteilen, ob eine Drohne von einem Hobby-Piloten gesteuert wird oder ob es Teil einer hybriden Bedrohung ist. Der Schutz der Flughafenstandorte ist eine hoheitliche Aufgabe. Sicherheit in der Luft beginnt am Boden – und dazu gehört auch der Schutz unserer Flughäfen vor illegalem Drohneneinsatz. Dafür braucht es klare Strukturen, eindeutige Zuständigkeiten und modernste Technik. Wir erwarten den Einsatz modernster Detektions- und Abwehrsysteme. Sicherheit in der Luft beginnt am Boden und bleibt Aufgabe des Staates“, so Beisel weiter.

Der Flughafenverband ADV unterstreicht, dass die Kostenträgerschaft bei den zuständigen Polizei- und Sicherheitsbehörden liegt. Darüber hinaus muss Deutschland bei der europäischen Zusammenarbeit eine Vorreiterrolle übernehmen.

„Drohnen kennen keine Grenzen – nur gemeinsame Konzepte und abgestimmte Verfahren können Bedrohungen wirksam eindämmen. Die Flughäfen stehen bereit, die Politik zu unterstützen. Jetzt braucht es entschlossenes Handeln: mit klaren Zuständigkeiten, moderner Technik und staatlicher Gesamtverantwortung“, so Beisel abschließend.

Kontakt ADV-Pressestelle:

Isabelle B. Polders

Leiterin Kommunikation, Strategie & Nachhaltigkeit

ADV-Pressesprecherin

Tel.: +49 30 310118-14

Mobil: +49 173 29 57558

E-Mail: polders@adv.aero

Besuchen Sie auch unser Dashboard

<https://dashboard.adv.aero/>

Über den Flughafenverband ADV:

Als ältester ziviler Luftfahrtverband in Deutschland vertritt die ADV – Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) – bereits seit 1947 die Interessen ihrer Mitglieder. Dabei arbeitet die ADV eng mit den Flughäfen in Österreich und der Schweiz zusammen.

Der Flughafenverband ADV setzt sich für einen wettbewerbsfähigen Luftverkehr und moderne, leistungsfähige Flughäfen in Deutschland ein. Das gute Miteinander von Anwohnern und Flughäfen ist der ADV ein besonderes Anliegen.

In allen rechtlichen und wirtschaftlichen Belangen ist die ADV der Berater und Partner von Wirtschaft, Politik und Regionen. Die Facharbeit umfasst zudem die Bereiche Luftsicherheit, Standortentwicklung, Flughafenbetrieb und Flughafeninfrastruktur, vernetzte Verkehrsplanung sowie den Umwelt- und Fluglärmschutz.

* * *

Möchten Sie keine Pressemitteilung mehr von uns erhalten? Dann senden Sie uns bitte eine E-Mail an: presse@adv.aero.